

# Wochenblatt

für  
**Wilsdruff, Tharandt, Rossen,  
Siebenlehn und die Umgegenden.**  
Amtsblatt

für das königliche Gerichtsamt Wilsdruff und den Stadtrath daselbst.

N<sup>o</sup> 9.

Dienstag, den 1. Februar

1870.

## Bekanntmachung.

Nach § 21 des mit dem 1. Januar 1870 in Kraft getretenen Bundesgesetzes, betreffend die Wechselstempelsteuer im Norddeutschen Bunde, vom 10. Juni 1869 (Bundesgesetzblatt vom Jahre 1869, S. 193 fg.) haben die Notare und andere Beamte, welche Wechselprotokolle ausfertigen, die Verpflichtung, die Versteuerung der bei ihnen vorkommenden Wechsel und Anweisungen von Amtswegen zu prüfen und die zu ihrer Kenntniß kommenden Zuwiderhandlungen gegen das gedachte Bundesgesetz bei der nach § 18 desselben zuständigen Behörde zur Anzeige zu bringen, auch sowohl in dem Protokolle, als in dem über die Protestation etwa aufzunehmenden Protokolle ausdrücklich zu bemerken, mit welchem Stempel die protestirte Urkunde versehen, oder daß sie mit einem Bundesstempel nicht versehen ist.

Indem die Notare und Gerichtsbehörden hierauf noch besonders aufmerksam gemacht und dabei auf die in Nr. 1 des Dresdner Journals von diesem Jahre, sowie in der Leipziger Zeitung und in allen Amtsblättern abgedruckte, den Bundeswechselstempel betreffende Bekanntmachung des Finanzministeriums vom 28. December vorigen Jahres verwiesen werden, und erwartet, daß dieselben der ihnen nach der erwähnten bundesgesetzlichen Bestimmung obliegenden Verpflichtung gebührend nachgehen werden.

Etwaige Zuwiderhandlungen sind bei den Appellationsgerichten, als den, den Untergerichten und Notaren in ihren Bezirken zunächst vorgelegten Aufsichtsbehörden zur Anzeige zu bringen.

Dresden, am 11. Januar 1870.

Ministerium der Justiz.  
Dr. Schneider.

Rosenberg.

### Tagesgeschichte.

Ueber den Antrag auf Abrüstung in der nordd. Bundesarmee gabs in der ersten Kammer in Dresden lebhaftere Verhandlungen. Mehrere Redner sprachen für Präsenzverminderung. Dr. Heinze: Die Armee befindet sich auf Friedensfuß; wie könnte man abrüsten, da nicht ausgerüstet sei? Man müsse mit dem Antrage warten bis 1871, wo der eiserne Stat ablaufe. Er sei der entschiedenste Gegner des Einheitsstaates oder eines Großpreußens, aber kein Opfer sei ihm groß genug, den nordd. Bund zu erhalten und zum deutschen Bunde zu erweitern. Von allen Staaten Europas liege kein einziger so vertheidigungslos da, als Deutschland, dessen Grenzen von allen Seiten offen stehen. v. Zehmen: Die einfache Wahrheit sei, daß der Militarismus schwer auf Deutschland laste. Warum solle man das nicht sagen? Jedenfalls sei die Politik falsch, welche ein Land schon im Frieden finanziell ruiniere. Von einer preußenfeindlichen Demonstration sei nicht die Rede; denn wenn mich Jemand auf den Fuß tritt und ich sage: Erlauben Sie, das thut weh! so ist dies kein Angriff. Kriegsminister v. Fabrice: Bis 1871 sei man unbedingt an die jetzige Militäreinrichtung gebunden. Ohne Abschaffung der Wehrhaftigkeit und Nachstellung Norddeutschlands lasse sich an den Einrichtungen nichts ändern, die Abrüstung werde einem Umsturz des Wehrsystems und einer Wehrlosmachung Deutschlands gleichkommen. Die Armee habe auch den Kampf gegen Revolution und die Ausschreitungen des Socialismus aufzunehmen, die Ausgaben dafür seien daher nicht unproductiv.

Seinen Antrag auf Verkauf der Staatseisenbahnen hat der Abgeordnete Schnorr aus Leipzig zwar nicht weiter verfolgt, aber doch der Regierung in so weit empfohlen, daß er bat, wenn eine Kauf-offerte an sie gelangen sollte, dieselbe nicht aus principiellen Gründen zurückzuweisen. Der Finanzminister sprach sich über diesen Punkt dahin aus: Was die Frage wegen des Verkaufs der Staatseisenbahnen anlangt, so will ich nicht näher darauf eingehen, ich will auch die mannichfachen volkswirtschaftlichen Rücksichten, die dabei zu nehmen sind, hier nicht näher auseinandersetzen, sondern ich will nur vom finanziellen Standpunkte aus bemerken, daß natürlich, wie mir scheint, bei jedem Verkaufe eine der ersten Bedingungen die sein muß, daß die Staatscasse diejenigen Einnahmen, die sie jetzt aus den Eisenbahnen zieht und auf die sie mit ziemlicher Sicherheit für die Zukunft rechnen kann, behält, damit nicht etwa die Steuerpflichtigen infolge eines solchen Verkaufs genöthigt werden, aus ihrer Tasche das dann in der Staatscasse Fehlende aufzubringen. Ob es jemals gelingen wird, eine solche Offerte zu erhalten, lasse ich dahingestellt; bis jetzt ist der Staatsregierung eine solche noch nicht gemacht, und die Offerten, die ihr bis jetzt vorgelegen haben, waren alle nicht von der Art, um vom finanziellen Standpunkte aus Berücksichtigung finden zu können.

Nach einer Ministerial-Berordnung soll in Berücksichtigung eines ständischen Antrages künftighin das Zwangsmittel der militärischen Execution gegen säumige Wegebaupflichtige in der Regel nur erst

dann angewendet werden, wenn die Androhung einer Geldstrafe ohne Wirkung geblieben ist.

Es mag hervorgehoben sein, daß unter den Prälaten, welche die neulich mitgetheilte Kauscher'sche Denkschrift, die Infallibilität des Papstes betreffend, unterzeichnet haben, sich auch der apostolische Vicar im Königreich Sachsen, Ludwig Forwert, Bischof von Leontopolis i. p., befindet.

Zur Förderung und Verbreitung des rationellen Hufbeschlags hat der landwirthschaftliche Kreisverein zu Dresden sechs Ehrenpreise von je zehn Thalern für Schmiede ausgesetzt, welche sich im Laufe des Jahres einer Prüfung im Hufbeschlage bei der Thierarzneischule unterziehen und solche gut bestehen.

Die Gewerbevereine zu Lauenstein und zu Bärenstein haben die Einrichtung getroffen, daß zu Anfang jeder Versammlung erst Unterricht in der Decimalrechnung zur Einführung in das neue Maß- und Gewichtssystem erteilt wird. (Nachahmungswert!)

Am 23. Jan. erfolgte die Beerdigung des verstorbenen Kriegsereservisten Jähne in Niederoderwitz, welcher als Mitglied dem dazugehörigen Militärverein angehörte, und zwar, da derselbe 1866 dem Feldzuge in Oesterreich beigewohnt hatte, mit den üblichen militärischen Ehrenbezeugungen. Bei dem Ehrenfeuer von bewaffneter Abtheilung hatten jedoch einige Gewehre den Schuß versagt und waren daher von den Jähmern geladen mit zur Kirche genommen worden, wofür selbst für den Dahingeshiedenen besonderer Gottesdienst stattfand. Ein solches geladenes Gewehr mit aufgespanntem Hahn wird von dem Besizer einem seiner Kameraden mit den Worten entgegen gehalten: „Wart, jetzt werd ich Dich schießen!“ und in dem Augenblicke, als der kirchliche Segen gesprochen werden soll, entladet sich das Gewehr und der vom Schuß im Gesicht schwer Verletzte sinkt zusammen. Die diesfällige Untersuchung ist eingeleitet.

Den Chemn. Nachr. wird aus Stollberg vom 28. Jan. berichtet: „Wie wir hören, fand man gestern in der obern Strecke der Fundgrube bei Lugau, deren Schacht jetzt wieder geteuft wird, die ersten 6 Leichen der vor mehreren Jahren über 100 Mann verunglückten Bergleute.“

Die Häupter der nationalliberalen Partei in Berlin haben an alle namhaften Parteigenossen in Norddeutschland Einladungsschreiben zu einer Versammlung in Berlin am 5. Febr. erlassen. Zweck der Versammlung: Berathung und Beschlußfassung über eine feste Parteiorganisation in ganz Deutschland. Die Einladung ist erlassen von Deminghausen, Forkenbeck, Hennig, Laster, Miquel, Detler, Twisten und Unruh.

Der Strike in Waldenburg ist aus, die Bergleute sind nach langem Hader zur Arbeit zurückgekehrt. Der alte Harlort, ein Volksmann von ächtem Schrot und Korn, gibt Beiden, den Führern in Berlin und den Arbeitern in Waldenburg, eine goldne Lehre. Jener sagt er: „Die plötzliche Niederlegung der Arbeit war ein schlechtes Recept des Berliner Doctors. Wer 6000 Arbeitern rath zu feiern, der muß für jeden Tag 2000 Thlr. in Kasse haben, um Brod für sie an-